

PRESSEMITTEILUNG

Ermittlungen zu Zwickauer Zelle

„Wie gefährlich ist der rechte Terror in Sachsen?“

Bürger.Courage fordert Stellungnahme der Staatsregierung

Dresden, 17. November 2011

Im Zuge der neuen Ermittlungen über die Nazi-Terror-Zelle in Zwickau kritisiert die Dresdner Initiative Bürger.Courage die sächsische Staatsregierung. „Trotz der erschütternden Nachrichten über die Nazi-Terror-Zelle in Zwickau haben wir bisher kaum ein Wort des Bedauerns oder der Selbstkritik von der die Staatsregierung vernommen“, sagt Christian Demuth, Vorsitzender der Initiative. „Sie bleibt außer dem Innenminister stumm, obwohl doch die Terrorzelle jahrelang in Sachsen ihr Hauptquartier hatte und anscheinend auch Unterstützung von sächsischen Nazis erhalten hat. Wir finden es unerhört, dass Ministerpräsident Tillich bislang noch kein Wort für die Opfer gefunden hat.“ Man frage sich, so Demuth weiter, wie wohl die Staatsregierung oder auch die beiden Regierungsparteien CDU und FDP reagiert hätten, wenn ein solcher Anschlag aus linken Kreisen passiert wäre.

Auch die Initiativen gegen Rechtsextremismus würden erneut allein gelassen. „Wir wissen, dass viele Engagierte gegen Nazis auf deren schwarzen Listen stehen.“ Demuth erinnert dabei auch an die Rohrbombenfunde in Wurzen im Jahr 2004. „Auch hier verliefen die Ermittlungen im Sande. Dabei zeigt sich in Wurzen dasselbe Bild wie in Jena. Wir fordern daher im Namen aller Engagierten endlich Aufklärung von der Staatsregierung - wie gefährlich ist der rechte Terror in Sachsen?“